

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.3.1927 (No. 68)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Fall der Zeitung veräußert, im beschränkten Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die „nationale“ Bewegung

Das Verhältnis zwischen den Deutschnationalen und den Verbänden, welche sich als die Träger der sogenannten „nationalen Bewegung“ fühlen, hat sich in den letzten Monaten immer mehr zugespitzt. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen nun auf einmal die bisher so geschmähte Außenpolitik des Reiches verantwortlich mitmachen und durch die Namen ihrer Minister kontrastieren lassen, genügt schon allein, um diese Verschlechterung des Verhältnisses zu erklären. Die rechtsgerichteten Verbände wollen und können es nur schwer begreifen, daß man jetzt auf einmal das befürworten soll, was man bisher abgelehnt hat. Und die Leiter der einzelnen Organisationen sind sicher geschickter genug, um sich zu sagen, daß es zu einer völligen Zerrüttung der Verbandsdisziplin und zu einer Verwüstung des Begriffs der Überzeugungstreue führen muß, wenn man den Anhängern derartige Schwänklungen zumutet. Diese Anhänger sind doch schließlich den Rechtsverbänden beigetreten, weil ihnen die Außenpolitik des Reiches nicht gefiel.

Und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß im gesamten Bereich der Rechten die einzelnen Organisationen mit den größten inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die sogenannte „völkische Bewegung“ ist ja ohnehin so gut wie erledigt. Die inneren Zwistigkeiten haben hier eine Form angenommen, daß man nur noch im Ton der Satire von ihnen sprechen kann. Was sich heute noch „völkische Bewegung“ nennt, ist geradezu eine Karikatur auf das Ideal der Einmütigkeit und der Geschlossenheit. In den Parlamenten, voran im Reichsparlament, spielt denn auch die deutschvölkische Bewegung überhaupt keine Rolle mehr.

Die sogenannten „vaterländischen Verbände“ sind, wie allerdings viele nicht wissen, von jeher nur ein großartig aufgepumptes Gebilde gewesen, hinter dem ziffermäßig nur eine geringe Macht stand. Die Wehrverbände sind aufgelöst, und die Reichsregierung wird getreu ihrem Versprechen dafür sorgen, daß diese Verbände nicht unter neuem Namen ihr gefährliches Spiel wieder beginnen. Ihre Mitglieder sind zum größten Teil dem „Stahlhelm“ zugewandert. Der „Stahlhelm“ ist zur Zeit neben dem „Jungdeutschen Orden“, der jedoch eine sehr bedeutsame innere Krise durchmacht und vielleicht aus der Reihe der rechtsradikalen Verbände ganz ausscheiden wird — die stärkste Verbandsorganisation auf der Rechten.

Wie es heißt, ist das Hineintrömen der Mitglieder der aufgelösten Wehrverbände in den „Stahlhelm“ gleichbedeutend gewesen mit einer erheblichen Radikalisierung des „Stahlhelms“. Es ist selbstverständlich, daß sich mit einer solchen Radikalisierung die augenblicklich herrschende Tendenz in der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei nur sehr schwer vereinigen läßt. Zweifellos wird es in nächster Zeit noch zu scharfen Auseinandersetzungen kommen zwischen dem „Stahlhelm“ und den Deutschnationalen, bzw. zwischen all den Elementen auf der Rechten, welche den neuen Staat bis aufs Messer bekämpfen möchten, und den anderen Elementen, die aus opportunistischen Gründen zur Mitarbeit im neuen Staat bereit sind.

Die Forderung, die Deutschnationale Volkspartei solle ihre Reichspräsidenten zu ganz bestimmten Zugeständnissen an die Stahlhelmbewegung veranlassen, hat Graf Westarp abgelehnt, da „bereits Bindungen nach der anderen Seite eingegangen seien“. Bei dieser Gelegenheit hat Graf Westarp den Satz ausgesprochen, es „sehe mit der nationalen Bewegung überhaupt sehr böse aus“, und man lege sich mit Sorge die Frage vor, ob bei einer Neuwahl des Reichspräsidenten wieder ein gleicher Erfolg, wie der bei der Hindenburgwahl zu erreichen sein werde. Graf Westarp soll dann auch auf die Spaltungsgefahr innerhalb seiner eigenen Partei hingewiesen haben.

Aus den Worten des Grafen Westarp gewinnt man jedenfalls den Eindruck, daß er auch den „Stahlhelm“ als den 3. B. stärksten Träger der sogenannten „nationalen Bewegung“ nicht für so machtvoll hält, um ihm eine Belebung dieser Bewegung zuzutrauen. Und in der Tat vernimmt die Öffentlichkeit alle Augenblicke von schweren Differenzen, die in der Leitung des „Stahlhelms“ ausgetragen werden. So ist letzthin der politische Referent seines Amtes enthoben worden mit der Begründung, er habe sich „im Sinne der Deutschen Volkspartei betätigt“. Und der bisherige Bun-

desführer Selbste, der heftig angegriffen wurde, hat sich nur dadurch rechtfertigen können, daß er irgendeine Verbindung mit Stresemann aufs bestmögliche abgeleugnet hat.

Im übrigen ist der „Stahlhelm“ umorganisiert worden. Er soll künftig in drei Teile zerfallen: den „Kern-Stahlhelm“ (die ehemaligen Frontsoldaten), den „Ring-Stahlhelm“ (die sonstigen Mitglieder über 21) und den „Jung-Stahlhelm“ (Personen zwischen 17 und 21 Jahren). In der Propaganda soll auf die Gewinnung Jugendlicher der Hauptnachdruck gelegt werden. Und zwar will man die Jugend durch sportliche Betätigung gewinnen. Der Anschluß an eine politische Partei soll vermieden werden. Politisches Ziel des Bundes ist nach wie vor die „Erlangung der Macht“ und die „innere Befreiung des Vaterlandes“. Die „Westpolitik“ wird bekämpft, und die sogenannte „Ostpolitik“ empfohlen. Ferner will man versuchen, recht viele Arbeiter zu gewinnen.

Es ist klar, daß der „Stahlhelm“ eine dem heutigen Staat feindliche Organisation ist. Und so hat denn auch Kapitänleutnant Ehrhardt neulich in Koburg ausdrücklich erklärt, es sei zwar unmöglich, mit Gewalt den heutigen Staat umzukrempeln, aber eine Änderung der heutigen Staatsverhältnisse könne sehr gut durch intensive Kleinarbeit herbeigeführt werden; deshalb müsse man in den jetzigen Staat hinein. Und an diesem Punkte beginnt die Unaufrichtigkeit. Die Mitarbeit des „Stahlhelms“ am neuen Staate ist, sofern sie überhaupt versucht wird, nicht ehrlich gemeint, sondern dient lediglich dem Zweck der Unterhöhlung der Republik von innen heraus.

Für die Deutschnationale Volkspartei entsteht nun das Problem, wie sie sich mit alledem abfinden will. Denn parteipolitisch dürfte ja das Gros der wahlberechtigten Stahlhelmanhänger dieser Partei angehören. Einsteigen hat man eine Formel gefunden, die den Zwiespalt überbrücken soll, die allerdings auch ihrerseits mit dem Odium der Unaufrichtigkeit behaftet ist. Man will offiziell die Politik der Reichsregierung, die sich auf den bekannten Richtlinien des Zentrums bewegt, unterstützen, aber bei der Agitation im Lande die bisherige Polemik fortsetzen. Es versteht sich von selbst, daß ein derartiges Doppelspiel praktisch nicht durchführbar ist. Man kann nicht offiziell erklären, daß man für die Stresemannsche Außenpolitik und für Genf ist, und hinterher dem Wähler einreden, diese selbe Politik sei falsch und demgemäß zu bekämpfen. Die Antwort der Wähler darauf wird immer lauten: „Wenn ihr diese Außenpolitik für schlecht haltet, dann bekämpft sie gefälligst selbst im Reichskabinett. Tut ihr das nicht, so seid ihr eben eine Partei der Halbheiten, der wir am besten so rasch wie möglich den Rücken kehren!“

Der Städtetag zur Getränkesteuer

Der Deutsche Städtetag hat im Reichstag nochmals dringlichste Vorstellung für die Aufrechterhaltung und gleichmäßige Zulassung der Getränkesteuer erhoben. Breite Volksschichten leiden schwer unter den Auswirkungen der sozialen Krise; ungeheure Fürsorgeausgaben belasten den Haushalt der Gemeinden. Das Haushaltsjahr schließt darum bei den Städten mit schweren Fehlbeträgen ab, weil schon die jetzigen Einnahmen nicht ausreichen, um die Lasten zu decken. Trotzdem werden die größten Anstrengungen gemacht, die Getränkesteuer zu Fall zu bringen, obwohl alle Beteiligten wissen, daß eine vollwertige Entschädigung für den Ausfall der Reichsfinanzen aufs schwerste belasten würde. Der Fortfall der Getränkesteuer würde erfahrungsgemäß eine Senkung des Preises der Massenge tränke mit sich bringen, der Vorteil also lediglich einem kleinen Kreise an dem Getränkegewerbe interessierter Personen zufallen. Wird die Getränkesteuer beseitigt, so muß die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, deren Senkung den Städten am Herzen liegt, außerordentlich erhöht werden. Eine Belastung des Hausbesitzes und der schwachen Teile des Gewerbes zugunsten eines besonders gutgehenden Gewerbebezuges ist also die Folge.

Die Einnahme Shanghais

Die chinesischen Söldnertruppen haben Shanghai eingenommen und die Chinesenstadt bis zur Grenze der internationalen Niederlassungen besetzt, zu deren Schutz die verschiedenen Mächte weitere Truppen landeten. Es kam auch zu Zusammenstößen mit Plünderern und anderen Zwischenfällen, bei denen ausländische Soldaten und Zivilisten verunruhigt und getötet wurden. Die Nordtruppen zogen sich in Unordnung flüchtend zurück, Nanjing soll bereits von ihnen geräumt sein. In Shanghai fehlte als Sympathiebekundung für die siegreichen Söldnertruppen ein Generalkrieg.

W.D. Shanghai, 22. März (Tel.) Reuter. Die Räumung von Nanjing durch die ausländischen Frauen und Kinder hat heute bei Tagesanbruch begonnen.

Die neue Balkankrise

Die Stellung Deutschlands

Die Pariser Habas-Meldung, daß Votschaffer v. Dösch bei Vertelot gewesen sei, um wegen der Einberufung des Völkerbundsrats in dem Balkankonflikt zu unterhandeln, stellt sich — wie in Berlin erklärt wird — als ein Verjud dar, Deutschland auf Grund des deutschen Vatschafers in die italienisch-jugoslawische Krise hineinzuziehen. Votschaffer v. Dösch habe weder durch eine Anregung, noch durch eine Anfrage in dieser Beziehung die Initiative ergriffen. Den Berliner Blättern wurde mitgeteilt, daß Deutschland an den jetzigen Balkandifferenzen völlig uninteressiert sei und daß die deutsche Regierung kein Mittel unversucht lassen werde, um ein Hineinziehen der deutschen Politik in die Balkangelegenheiten zu verhindern. Die Einberufung des Völkerbundsrates sei übrigens Sache des Generalsekretärs, wenn ein Antrag irgend eines Mitgliedes vorliege.

Auch die Londoner Meldungen, wonach der deutsche Votschaffer in London eine Anfrage bezüglich der Stellung der englischen Regierung zur Einberufung des Völkerbundsrates gestellt habe, treffen nicht zu. Nach Artikel 11 des Völkerbundsstatuts ist jedes Vatschafersmitglied zur Einberufung des Völkerbundsrates berechtigt. Als Einberufer würde naturgemäß in dem vorliegenden Falle ein drohendes Konflikt auf dem Balkan entweder Serbien oder Italien, oder eine andere stark interessierte Macht in Frage kommen. Die Tatsache, daß Deutschland zur Zeit formal den Vorsitz des Völkerbundsrates führt, spielt demgegenüber keine Rolle.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt.

Die italienisch-jugoslawische Spannung

Die gegenseitigen Beschuldigungen werden übrigens fortgesetzt. Jugoslawien lehrt nun den Titel um und spricht von militärischen Vorbereitungen Italiens längs der Grenze. Im jugoslawischen Parlament kam es zu einem ersten Zwischenfall. Ein Abgeordneter beschuldigte den in der Diplomatenloge anwesenden italienischen Gesandten der Spionage. Die Regierung sprach darüber bereits ihr Bedauern aus und die Spuchchina schloß den Abgeordneten für drei Sitzungen aus.

W.D. Paris, 22. März (Tel.) Habas berichtet über die im Laufe des gestrigen Vormittags geführten Verhandlungen zwecks freundschaftlicher Beilegung des italienisch-serbischen Konflikts. Die englische Regierung habe ihren Standpunkt noch nicht mitgeteilt. Italienischerseits scheint die Verweisung der Angelegenheit an den Völkerbund keine sehr eifrigere Zustimmung zu finden. Es bleiben übrigens noch andere Vermittlungswege, so die Entsendung einer Abordnung der alliierten Militärräte in Belgrad an die serbisch-albanische Grenze, die sich an Ort und Stelle darüber zu unterrichten hätte, ob militärische Vorbereitungen getroffen worden seien oder nicht.

In politischen Kreisen scheint man die Krise nicht mehr als besonders beunruhigend anzusehen. Nach dem „Matin“ bestehen gute Gründe zu der Annahme, daß die italienische Regierung bestrebt sei, eine beunruhigende Situation aufzulösen. Deshalb habe auch der italienische Votschaffer im Verlaufe der Unterredung, die er gestern mit Briand hatte, anscheinend keinen grundsätzlichen Einspruch gegen den jugoslawischen Vorschlag einer internationalen Enquete an der jugoslawischen Grenze erhoben. Wahrscheinlich wird heute im Verlaufe der Kammer Sitzung Briand den französischen Standpunkt zur italienisch-jugoslawischen Spannung darlegen.

Erhöhte Handelspassivität

Der deutsche Außenhandel zeigt im Februar im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 339 Millionen RM. gegen 295 Millionen RM. im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Februar gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert geblieben; sie zeigt eine unwesentliche Erhöhung um 1 Million RM. gegenüber dem Vormonat. Dagegen hat die Ausfuhr die schon im vorigen Monat begonnene Abwärtsbewegung fortgesetzt. Bei der Einfuhr zeigen die Lebensmittel einen Rückgang um 27 Mill. RM. Dagegen ist die Einfuhr an Rohstoffen und Fertigwaren um je 14 Mill. RM. gestiegen. Bei der Warenausfuhr ist eine Abnahme um 43 Mill. RM. festzustellen. Davon entfallen 5 Mill. auf Lebensmittel, 13 Mill. auf Rohstoffe und 25 Mill. auf Fertigwaren.

Der Prozeß gegen Lange-Hegermann

Im großen Darmstadtprozeß begann am Montag, wie aus Berlin berichtet wird, die Verhandlung des zweiten Teiles der Anklage, die sich gegen den Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann richtet, der beschuldigt wird, gemeinsam mit dem verstorbenen Reichspostminister Dr. Hüffe den Reichsfiskus durch falsche Vorpiegelungen zur Vergabe eines Darlehens in Höhe von 2 Millionen M. veranlaßt zu haben. Die Anklage behauptet, daß Lange-Hegermann unter der Vorpiegelung, Kredite für das besetzte Gebiet zu brauchen, den jetzigen Reichspostminister, den damaligen Staatssekretär Dr. Schädel-München, bewegen habe, diese 2 Millionen Mark Kredite aus Summen, die der bayerischen Abteilung des Reichspostministeriums zur Verfügung standen, zu gewähren. Diese Kredite hätten jedoch tatsächlich zur Finanzierung der Württembergischen Papierfabrik Kettewitz in Sachfen gedient. Für den Kredit übernahm die Deutsche Wertsachbank, deren Aufsichtsrat Lange-Hegermann war, und an zweiter Stelle die Preussische Staatsbank die Bürgschaft der Post gegenüber. Die Bürgschaftserklärung der Staatsbank soll Herr Lange-Hegermann durch falsche Vorpiegelungen erhalten haben.

Deutscher Reichstag

BR. Berlin, 21. März.

Die zweite Lesung

des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wird fortgesetzt und zwar bei den Abschnitten über die öffentliche Ordnung, die Polizei und die Technische Nothilfe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) behauptet, daß sich gegenwärtig eine „Landesverratsseuche“ breitmache.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.) nimmt das Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung gegen diese Angriffe in Schutz. Der Redner verweist darauf, daß der Osten stark unter polnischem Verbrechergesindel zu leiden habe.

Abg. Wegmann (Ztr.): Das Kommissariat für öffentliche Ordnung sei notwendig, da es noch immer Organisationen gebe, die die Existenz des Staates untergraben wollen.

Abg. Renner (Dem.) bedauert die geringe Einwirkungsmöglichkeit des Reiches auf die Polizei der Länder.

Reichsminister v. Neubell

beantwortet die Interpellationen: Die Deutschnationalen fragen nach der Nachführung des Reichsbanners in der Nacht vom 28. zum 29. Aug. v. J. bei Donaueschingen.

Abg. Eilote (Zentr.): Der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreite.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben und Befestigung der Technischen Nothilfe.

Badisches Landestheater

Liesland

Der etwas enge Opernspielkreis der letzten Monate soll, wie die Intendanten verlautbaren läßt, nach und nach erweitert werden.

Der Film von bezagender Schönheit führt uns in das herrliche Land Norwegen. Im Geiste fühlen wir uns in den Kreis der Passagiere versetzt und erleben auf dem Schiff der Hamburg-Südamerika-Linie „Monte Carmiento“ eine Nordlandreise.

Der Film ist unter der Regie des Kapitäns Neubert gedreht, der uns auch persönlich in hervorragender Weise die ganze Reise erläutert.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) erkennt die Fortschritte, die die Post gemacht habe, an.

Abg. Flegel (Bay. Vp.) wünscht die Befestigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Katsch (Dem.) erkennt die Fortschritte, die die Post gemacht habe, an.

Abg. Flegel (Bay. Vp.) wünscht die Befestigung der Sonntagspost.

Abg. Dr. Feid (Bölk.) verlangt schleunige Zurückziehung des Hamburgischen Erlasses gegenüber Hitler (Medeverbot).

Reichsminister Schädel betont, daß Deutschland seine Stellung in der Welt wieder erwerbe.

Abg. Eilote (Zentr.): Der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreite.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben und Befestigung der Technischen Nothilfe.

Abg. Eilote (Zentr.): Der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreite.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben und Befestigung der Technischen Nothilfe.

Abg. Eilote (Zentr.): Der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreite.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben und Befestigung der Technischen Nothilfe.

Abg. Eilote (Zentr.): Der Etat zeige, daß die Post zu sparen entschlossen sei, denn die Gesamtsumme sei um 12 Millionen niedriger als die des Vorjahres.

Abg. Morath (D. Vpt.) weist auf die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Leistungen der Post hin.

Reichsminister Schädel betont, daß er dafür sorgen werde, daß seine Beamtenschaft im gleichen Schritt mit den anderen Beamten finanziell vorwärts schreite.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Aus den Reichstagsausschüssen

Der Steuerausschuß

begann am Montag die Einzelberatung des Finanzausgleichs.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt, zunächst über die Dauer des Provisoriums zu entscheiden.

Abg. Nolte (Wirtsch. Ver.) gab die Erklärung ab, daß er sich bei den Anträgen der Stimme enthalten werde, da die Regierung zu seinen Forderungen in keiner Richtung genommen habe.

Abg. Reinath (D. Vpt.) behält sich seine Entscheidung gleichfalls vor, da die Frage der Senkung der Realsteuern seiner Partei noch nicht genügend geklärt erscheine.

Ein Antrag der Regierungsparteien, den vorläufigen Finanzausgleich auf zwei Jahre zu verlängern, wird mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Ein demokratischer Antrag, die Garantie von 2,6 auf 2,4 Milliarden herabzusetzen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der 450 Millionen, die zur Unterstützung leistungsschwacher Länder und Gemeinden verwendet werden sollen, nicht ausschließlich nach dem Umsatzsteuerzuschlag, sondern zum Teil auch nach dem Einkommensteuerschlüssel zu verfahren.

§ 4 des Finanzausgleichs erhält folgende Fassung: 1. Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) infanzuhalten, ihre Aufgaben insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiete zu erfüllen, werden den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbände), wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1927 und 1928 je auf weniger als 2600 Millionen RM. belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushalts zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt, diese „Soll“-Bestimmung in eine „Muß“-Bestimmung zu verwandeln.

Annahme findet dagegen der Antrag der Regierungsparteien, der folgenden § 4a einzufügen will: 1. Die Länder sollen in ihren Bestimmungen über die eigene Realbesteuerung, über die Bemessung der Gemeindeanteile an Reichsteuern sowie über die eigenen Steuern der Gemeinden Vorzüge dafür treffen, daß die Mehrerträge der Überweisungen aus den Reichsteuern nicht über den Betrag von 2,4 Milliarden RM. hinausgehen, in erster Linie zur Senkung der Grund- und Gebäudesteuern und Gewerbesteuern unter das am 31. März 1927 gegebene Maß verwendet werden.

Abg. Meyer (Soz.) beantragt, die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden zur Abgeltung der noch nicht in Kraft getretenen Verzuwachssteuer nicht nur bis zum 1. April 1927, sondern bis zum 1. April 1929 bestehen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Popitz: Eine Grunderwerbsteuer von 7 Proz. ist reichlich hoch, und erscheint aus sozialen Gründen sehr bedenklich, denn sie sieht dem Grundföderalismus zum Zwecke des Wohnungsbaues gerade durch Widermittelte hinderlich im Wege.

Der Antrag Meyer (Soz.) wird abgelehnt. Es bleibt bei den Regierungsvorlagen, die die erhöhten Grunderwerbsteuereinzuschläge der Gemeinden nur noch bis zum 1. April 1927 in Kraft lassen wollen.

Der Eintritt in die Beratung über die Gemeindebeiträge-Steuer verlagert sich der Ausschuss auf Dienstag.

Die Bilanzierung des Reichsetats

Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages, der sich mit der Bilanzierung beschäftigt, hielt am Montag eine Sitzung ab, an der auch Reichsfinanzminister Dr. Brügel teilnahm.

Der Frankf. Ztg. zufolge wurden bei den für Kanalbauten vorgesehenen Ausgabenposten wesentliche Abstriche vorgenommen.

Die Folge wird sein, daß die Bauprogramme eine zeitliche Streckung erfahren.

Die „Tägl. Rundsch.“ berichtet, daß die Erhöhung der Beamtenbezahlung, die Aufbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Berücksichtigung der Liquidationsgeschädigten, alles Aufgaben, die nicht im Rahmen des Haushalts behandelt werden sollen, nicht etwa zurückgestellt worden sind.

Das Urteil gegen Landgerichtsdirektor Jürgens ist nunmehr rechtskräftig geworden.

Räumungs-Geschäftsverlegung Verkauf wegen gutem Wandschmuck für jedes Heim zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungen. E. Büchle Inhaber: W. Bertsch KUNST-HANDLUNG Kaiserstraße 128

Politische Neuigkeiten

Die Ausweisungen in Oberschlesien

Der deutsche Gesandte in Warschau, **Mauscher**, hatte am Montag nachmittag eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister **Jalecki**. Hierbei teilte ihm der Minister mit, daß die polnische Regierung den in Genf zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens getroffenen Abmachungen zugestimmt habe. In der Frage der Ausweisungen ist somit eine zufriedenstellende vorläufige Regelung erzielt worden. Weiter wurden in der Regelung die Modalitäten der Aufnahme von diplomatischen Unterhandlungen festgelegt, die gewisse Fragen prinzipieller Natur zu klären hätten, ehe man zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Handelsvertrag schreitet.

Luftverkehr Berlin—Wien. Montag vormittag eröffnete die Deutsche Luftkhanfa den regelmäßigen Luftverkehr auf der Strecke Berlin—Wien.

Bei den Gemeindevahlen im österreichischen Burgenland haben die Sozialdemokraten 47 702, die Bürgerlichen Parteien 70 938 Stimmen auf sich vereint. Die Sozialdemokraten haben somit seit den letzten Wahlen 12 Prozent gewonnen. Die Sozialdemokratie stellt nach dem neuen Wahlergebnis in 64 Gemeinden den Bürgermeister, statt in 45 bei den letzten Wahlen.

Badischer Teil

Der Badische Wasserkraftkataster auf der Karlsruher Wasserwirtschaftsausstellung

Am Bekanntlich wird vom 16. März bis zum 4. April das von der Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung im vergangenen Sommer auf der internationalen Wasserschiff- und Wasserkraftausstellung in Basel gezeigte Planmaterial im Landesgewerbeamt nochmals zur Schau gestellt. Wie in Basel, nahmen auch in Karlsruhe die Pläne über den Ausbau der Oberhainstraße bis zum Bobensee den größten Raum ein, sehr begründlich, kann doch der Rhein als das Rückgrat der badischen Wasserwirtschaft bezeichnet werden. Aber nur in den Sommermonaten, wenn die Schneeschmelze die Flüsse zu kalten Strömen und die Alpenflüsse anschwellen, stehen reichliche Rheinwasserkräfte zur Verfügung. In den Wintermonaten dagegen bedürfen dieselben der Ergänzung durch die in dieser Zeit ihre größten Wassermengen führenden Schwarzwaldflüsse mit ihren starken Gefällen und ihren für Speicherranlagen geeigneten Hochtälern. Auf diese Weise wird die Kraftlieferung des Gewässernetzes schon in den von der Natur dargebotenen Wassermengen in glücklicher Weise ausgeglichen und in die Lage versetzt, dem lohnarmen Lande bis zu einem gewissen Grade eine selbständige Energiewirtschaft zu gewährleisten.

Bei der Eröffnung der Ausstellung wurde darauf hingewiesen, daß zwischen den Rheinplänen und der Schaustellung der im Schwarzwald gelegenen Hochdruckanlagen des Badenwertes Darstellungen aus dem badischen Wasserkraftkataster eingestuft sind, da ja in demselben sowohl das eine wie das andere Gebiet in generell knapp gefaßten Ausführungen behandelt wird. Mit Rücksicht auf den Umfang der zu behandelnden Materie erscheint das von **Wurck** Jäger bearbeitete Nachschlagewerk in Teilleisten, in welchen die einzelnen Flußgebiete, soweit sie als einheitliche Wirtschaftsgebiete betrachtet werden können, untersucht werden. Jedes Heft enthält eine Beschreibung des Flußgebietes, ein Verzeichnis der Wasserkraft des Gebietes, den eigentlichen „Wasserkraftkataster“, und eine Anzahl Planbeilagen.

In der Beschreibung wird einleitend ein Überblick über die Geländegegestaltung und die Untergrundverhältnisse des Landstriches gegeben. Eingehend auf die Untersuchung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Gebietes folgen zunächst hydrologische Angaben über Niederschlags- und Abflussmengen und die Bestimmung der vorhandenen Gefälle. Weiterhin wird die heutige Kraftnutzung und die Art der Verwendung der Wasserkraft festgestellt und über die der Kraftnutzung auf Grund alter Rechte für andere Zwecke, hauptsächlich zur Viehhaltung, entzogenen Wassermengen Aufschluß gegeben. Ein Abschnitt endlich ist der Beurteilung der Verbesserung- und Erweiterungsmöglichkeiten der vorhandenen Werkanlagen und den Ausbaumöglichkeiten der freien Gefälle, sei es durch einfache Laufwerke, sei es durch speicherfähige Großkraftanlagen, gewidmet.

Auf den allgemeinen Teil folgt das Verzeichnis der Triebwerke und der zwischen den einzelnen Werken noch verfügbaren Gefälle mit den zur Kennzeichnung der einzelnen Werkanlagen nötigen grundrissmäßigen technischen und wasserrechtlichen Angaben. Besonders bemerkenswert sind die nicht nur für Wasserkraftzwecke, sondern im allgemeinen wasserwirtschaftlichen und heimatländlichen Interessen wichtigen Angaben über die Wasserführung sowohl des Hauptflusses, als auch der wesentlichen Zuflüsse. Zur Beurteilung der Wasserführung des badischen Gewässernetzes war seither das VII. Heft der Beiträge zur Hydrographie Badens „Die Wassermengen der fließenden Gewässer“ in Gebrauch. Anlaß zur Herausgabe des 1893 erschienenen Buches war, wie aus dem Vorwort hervorgeht, der Wunsch, die Verunreinigung der Gewässer durch die Einleitung von Industrieabwässern beurteilen zu können. Heute sind natürlich wesentlich andere Gesichtspunkte maßgebend und die vielfach auf unsicheren Unterlagen beruhenden und lückenhaften Angaben genügen den Ansprüchen nicht mehr. Bei der Planung von Wasserkraftanlagen will man vor allem wissen, wie lange mit einer bestimmten Wasserführung zu rechnen ist, um die maschinellen Einrichtungen darnach bemessen zu können. Daher wird es besonders in den in Betracht kommenden Wirtschaftskreisen begrüßt, daß sich im Wasserkraftkataster diejenigen Wassermengen fortlaufend verzeichnet finden, welche auf den einzelnen Gewässerabschnitten zwölf, neun, sechs und drei Monate lang zur Verfügung stehen. Die Angaben sind, soweit Regel vorhanden, auf Grund der Beobachtungen und an den übrigen Wasserläufen unter Verknüpfung der seitens der Landeswetterwarte an den Regenstationen gemessenen Niederschläge berechnet worden, wobei die Ergebnisse unter Berücksichtigung der meteorologischen Verhältnisse und der Oberflächengegestaltung der einzelnen Gebietsstücke sorgfältig gegeneinander abgeglichen wurden.

Den dritten Bestandteil der Hefte bilden die Karten- und Profilsblätter aus. Darunter sind vor allem die Flußplangänge zu nennen, welche auf der unter Mitbenutzung der Festpunkte der Landesvermessung ausgeführten Neuvermessung der einzelnen Flußtäler beruhen. Sie enthalten alle Wehre, Triebwerke, Werkanäle und Festmarken unter Hervorhebung der benutzten und noch verfügbaren Gefälle.

Wie aus dem zur Schau Gestellten hervorgeht, sind Abhandlungen über die wichtigsten badischen Flußgebiete erschienen, so über die Gebiete am Bobensee mit ihrer durch die Eiszeiten einer früheren Erdperiode modellierten Oberfläche, über die Flüsse am Südrand des Schwarzwaldes mit

ihren bedeutenden Gefällstufen vom Felsberg zum Ober- und ihrer lebhaften Textilindustrie, ferner über die Anzig mit ihren herrlichen Seitentälern, die Nutz und ihren Großkraftanlagen, die Alb, die Eng und andere Gebiete. In anschaulicher Weise zeigen die Flußgebietspläne die heutige Kraftnutzung der Gewässernetze, welche, wie eine statistische Darstellung zeigt, seit 1878 von 25 500 PS auf 256 000 PS also auf den zehnfachen Betrag gestiegen ist. Es ist das Ziel der heutigen Wasserwirtschaft, die in der fließenden Welle ruhenden Kräfte möglichst restlos der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Voraussetzung aller dahin gehenden Bestrebungen ist aber eine zuverlässige und erschöpfende Darstellung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Eine solche für unser Heimatland zu geben, ist der Zweck des badischen Wasserkraftkatasters. Wenn in kurzem sämtliche Flußgebiete in der angegebenen Weise dargestellt sind, wird Baden über wasserwirtschaftliche Unterlagen verfügen, welche ausgezeichnete Dienste leisten und zur Pflege einer planmäßigen Wasserwirtschaft in erheblichem Maße beitragen werden.

Abbau von Amtsgefängnissen

Wie man hört, sollen auf 1. April cr. 18 badische Amtsgefängnisse geschlossen werden. Darunter befinden sich die Amtsgefängnisse in Schwenningen und Ettlingen.

Forderungen der Gemeindearbeiter

Wie berichtet wird, hat der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen (Christliche Gewerkschaft) dem Arbeitgeberverband Badischer Gemeinden Anträge unterbreitet zum Zwecke der Erhöhung der derzeitigen Gemeindearbeiterlöhne. Der Verband fordert, daß nicht nur eine Lohnenerhöhung zum Ausgleich der erhöhten Mieten Platz greift, sondern daß die Auswirkung der Lohnerhöhung Berücksichtigung findet und darüber hinaus die notwendige Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiter im Interesse der Volkswirtschaft.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß **Manheim** wird sich u. a. auch mit einer Vorlage des Stadtrates zu beschäftigen haben, nach der beginnend mit dem Aprilverbrauch der Lichtstrompreis von bisher 40 auf 45, der Kraftstrompreis von 20 auf 22,5 Pfennige je Kilowattstunde gesteigert wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Erhöhung der Strompreise ausschließlich veranlaßt ist durch die schwierige Finanzlage der Stadt. Ein Vergleich mit dem Licht- und Kraftstrompreis in anderen deutschen Städten ergebe, daß bezüglich des ersten nur Breslau, Aachen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt einen niedrigeren Preis haben als 45 Pfennige, während sehr viele Städte sogar 50 Pfennige, Aachen, Augsburg und Danzig sogar 55 bzw. 58 bzw. 62 Pfennige verlangen, für letzteren auch eine Reihe von Städten einen weit höheren Preis fordern.

Vom Karlsruher städt. Krankenhaus. Auf dem Isoliergebäude für Scharlach- und Diphtheriekranken im Krankenhaus soll ein zweites Stockwerk mit Biegelhallen aufgebaut werden. Dieses Projekt erfordert im Verein mit anderen baulichen Veränderungen die Summe von 186 000 RM.

Aufbauschule Ettlingen. Die letzte Ettlinger Bürgerausschusssitzung hatte sich nur mit einem Punkte, Aufbauschule, zu beschäftigen. Bekanntlich wurde diese Vorlage in der vorletzten Sitzung mit großer Mehrheit abgelehnt, da die Voten, die der Stadt für diese Schule dadurch erwachsen, zu hoch erschienen. Inzwischen ist das Unterrichtsministerium der Stadt insofern entgegengekommen, als es das gesamte eingehende Schulgeld der Stadt überlassen will. Nach knapp einhalbstündiger Beratung wurde nun die Vorlage mit allen gegen die eine Stimme des Kommunists angenommen. — Die bürgerlichen Kollegien brachten noch eine Resolution ein, dahingehend, daß der Staat den ehemaligen Seminargarten der Stadt zu einem annehmbaren Preis überlassen wolle als Entschädigung für die erheblichen materiellen und kulturellen Einbußen, die die Stadt durch die Auflösung des Lehrerseminars erlitten hatte und als Entschädigung für die neuen Opfer, die die Stadt der ausschließlich dem Staatsinteresse dienenden Aufbau bringen müsse. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Kehler Stadthallenfrage scheint nun eine Lösung gefunden zu haben. Kurz nach der Hanauer Herbstwoche war die Verwendung der Stadthalle auf Ausstellungen, Kongresse usw. beschränkt worden. Auf eine Eingabe der Stadterhaltung beim Ministerium des Innern hat nun ein vom Ministerium bestelltes Schiedsgericht ein Gutachten über die weitere Verwendung der Stadthalle abgegeben, das in der letzten Gemeinderatssitzung bekanntgegeben wurde. Danach sollen zur Verbesserung der Standfestigkeit und Erhöhung des Feuer-schutzes verschiedene Arbeiten durchgeführt werden, so daß die Halle künftig zu allen Veranlassungen benutzt werden kann. Die Mittel will man durch Aufnahme eines Darlehens, das in einigen Jahren aus den aus der Finanzspruchnahme der Halle zu erwartenden Einnahmen getilgt werden soll, beschaffen.

Im Thermalbad in Arzbingen wurden in letzter Zeit größere Renovierungsarbeiten vorgenommen. Um die Seilkraft der Quelle auch der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich zu machen, wurde eine Badeabteilung eingerichtet und dieser Tage ihrer Bestimmung übergeben, in der Bäder zu ermäßigten Preisen verabsichtigt werden. Weiter will man den Plan des Bades einer Vergrößerung nummehr durchführen. Die Behörde ist bereits um Genehmigung des Projektes gebeten worden.

Ferngasversorgung Hornbergs. Zur Zeit sind in Hornberg Bestrebungen im Gange, Hornberg von Triebberg aus mit Gas zu versorgen. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß das Projekt in ein ernstes Stadium tritt. Kommt es zur Durchführung, so dürfte bis September mit der Inbetriebnahme gerechnet werden können. Das Gaswerk Triebberg wird die Rohrleitungen bis in die Häuser legen. Für den Hornberger Verbrauch wird das Gas seinem hier aufzufüllenden Reservoir zugeführt, von dem aus es dann an die Haushaltungen weiter geleitet wird.

Sanierung der Milchzentrale Billingen. Da die Milchzentrale A.G. Billingen mit einer bedeutenden Unterbilanz in den letzten Jahren gearbeitet hat, soll die Stadt Billingen zur Sanierung des Unternehmens als Gesellschafterin beigezogen werden und zwar mit etwa der Hälfte der Anteile. Die Verhandlungen darüber schweben noch. — Weiterhin hätte die Billinger Milchgenossenschaft zur Sanierung pro Mitglied 20 M., gleich 80 000 M., aufzubringen, und auch die an dem Unternehmen beteiligten Karlsruher Gesellschafter, nämlich der Milch- und Molkereiverband, sowie der Genossenschaftsverband noch eine größere Summe beizuschließen. Im Interesse der Produzenten wie der Konsumenten wäre es wünschenswert, daß das Unternehmen, welches mit einer modern eingerichteten Milchzentrale arbeitet, erhalten bliebe. Eine Generalversammlung der Billinger Milchgenossenschaft hat dem Sanierungsplan zugestimmt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Verein der **Badener** in Berlin feierte am Samstag sein 38. Stiftungsfest, wozu sich etwa 1400 Landsleute eingefunden hatten, darunter der badische Gesandte **Donold**, der auch die Festrede hielt und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Heimat schloß.

Spiel- und Sportausstellung in Karlsruhe. Im Rahmen der am 2. und 3. Juli d. J. in Karlsruhe stattfindenden Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen veranstaltet der Badische Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege in Karlsruhe in der Städtischen Ausstellungshallen eine Ausstellung: Turnen, Sport, Wandern und Spiel. Der D.M.A. unterstützt diese Ausstellung durch Überlassen seiner Wanderausstellung.

Nachtrag zum grünen Kursbuch und badischen Taschensfahrplan. Die Fahrplanänderungen, die zum 1. März im Bereiche der Reichsbahndirektion Karlsruhe eingetreten sind, sind in einem Berichtigungsblatt zum grünen Kursbuch und badischen Taschensfahrplan zusammengestellt worden, das von den Fahrkartenschaltern, den Bahnhofsbuchhandlungen und den Buchhandlungen, welche die Kursbücher regelmäßig verkaufen, sowie vom Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, unentgeltlich abgegeben wird.

Das Erträgnis des „Bunten Bühnenteers“. Der Verlauf der drei Tage des bunten Bühnenteers in den oberen Räumen des Warenhauses Hermann Tieb brachte der Genossenschaft der Bühnengehörigen den für ihre charitativen Bestrebungen, besonders für ihre Altersfürsorge, erhofften finanziellen Erfolg, nämlich über 4000 M. Der Ortsverband der Genossenschaft fühlt sich deshalb — wie er uns schreibt — veranlaßt, der Einwohnerschaft Karlsruhes, die seiner Einladung so zahlreich Folge leistete, herzlich für das bewiesene Interesse zu danken. Sodann gebührt ein Hauptteil des Verdienstes um das Gelingen und der Dank des Ortsverbandes dem großzügigen Entgegenkommen der Firma Hermann Tieb, das allein die Veranstaltung überhaupt ermöglichte.

Theateraufführung für die Volksschüler. Den auf Ostern d. J. zur Entlassung kommenden Schülern und Schülerinnen der Volksschule wird, wie in früheren Jahren, als Abschluß ihrer Schulpflicht eine Aufführung im Landestheater geboten. Aus den zur Auswahl gestellten Stücken wurde die Oer „Fidelio“ gewählt. — Weiter wird der hiesige Lehrergesangsverein aus dem gleichen Anlaß ein Konzert in der Festhalle veranstalten, zu dem die Schüler unentgeltlichen Zutritt haben.

Ein neues Groß-Restaurant in Karlsruhe. Wie wir erfahren, ist der rechte Flügel des Handelshofes (nach der Zähringerstraße) an die Fürttenbergische Brauerei in Donaueschingen vermietet worden. Letztere beabsichtigt, in den gemieteten Räumen nach erfolgtem Umbau ein großstädtisch aufgezogenes Café-Restaurant einzurichten.

Diebstahl und Unterschlagung. Ein 35jähriger Diplomingenieur aus Hamburg, der nach Unterschlagung eines Personkraftwagens, sowie 5000 M. in bar und eines Koffers mit Silberbesteck im Werte von 5—6000 M. in Hamburg flüchtig ging, konnte gestern hier festgenommen werden. Auf der Flucht hat er das Auto in Hannover für 1500 M. verkauft während ihm der Koffer mit Inhalt, sowie 745 M. in bar hier abgenommen werden konnten.

Badisches Landestheater. Intendant Dr. Hans Waag hat mit Max Falkenberg, dem genialen Charakterkomiker, ein Ensemble-Gastspiel vereinbart, das Anfang Mai stattfinden soll. — Am Mittwoch, den 23. März, geht Frik von Unruh's Drama „Donaparte“ zum drittenmal in Szene; am folgenden Tage, Donnerstag, den 24. März, gelangt die dramatische Legende „Paulus unter den Juden“ von Franz Werfel auf vielfachen Wunsch zur Wiederholung. — Bei der zweiten Aufführung des Lustspiels „Die Welt, in der man sich langweilt“ von Edmund Kaileron am Samstag, den 26. März, wird Maria Frauendorfer die „Herzogin von Neville“ darstellen. Im Kontrast findet am Sonntag, den 27. März, eine Wiederholung des immer gern gesehnen Schauspiel „Alt-Heidelberg“ statt. Als Aufführung befindet sich für Mittwoch, den 30. März, das Schauspiel „Thomas Paine“ von Hanns Jöbst in Vorbereitung. Die erste Wiederholung der erfolgreichen Neueinstudierung von d'Alberis Musikdrama „Tiefenland“ findet am Freitag, den 25. März statt. Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll, szenische Leitung: Otto Krauß. — Beethovens „Fidelio“ geht am Sonntag, den 27. März, anlässlich des 100. Todestages seines Schöpfers neuinstudiert in Szene. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Josef Kriess, die szenische Leitung in Händen von Otto Krauß. Die Titelpartie singt zum erstenmal Malie Hans.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge anhaltend heiterer Witterung haben die Temperaturen Badens jetzt beträchtlich hohe Werte erreicht. Das Tagesmittel der Rheinebene lag gestern mit 11 Grad um nahezu 6 Grad über dem Normalwert. Als Höchsttemperatur wurden 17—18 Grad beobachtet. Hoher Druck beherrscht weiterhin unsere Wetterlage. Wir haben daher auch morgen noch mit ziemlich heiterer und warmer Witterung zu rechnen. Voraussichtliche Witterung für 23. März: Fortdauernd warm, ziemlich heiter und meist trocken.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 6 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachungen des Ministers des Innern: Prüfung der Nahrungsmittelchemiker; Gebühren für die ärztlichen, zahnärztlichen und pharmazeutischen Vorprüfungen und Prüfungen.

Dr. Mannheim, 21. März. Zur gleichen Zeit als in Hannover gestern die große Kundgebung am Denkmal Rudolf v. Bennigens stattfand, legten der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei, Prof. Dr. Horn, Heidelberg, im Namen des Landesverbandes und eine Abordnung des Mannheimer Ortsvereins Kränze am Grabe des ehemaligen Parteiführers der Deutschen Volkspartei Ernst Wasserfmann nieder.

Dr. Weinheim, 22. März. Der Frühlingsanfang hat sich an der Bergstraße in echter Frühlingsweise ausgewirkt. Nachdem schon seit einigen Tagen Bäume und Sträucher ein lüchtes Grün tragen, zeigen sich auch schon die ersten Frühlingsblüten. Den Beginn machen die Mandelbäume, die seit Sonntag fast an der ganzen Bergstraße, von Zwingenberg über Bensheim und Heppenheim bis nach Weinheim, in voller Blüte stehen und ein wunderbares Bild bieten. Hoffentlich gibt es während der Blütezeit keinen Kälteerückfall.

Dr. Bruchsal, 21. März. Die in der ehemaligen Dragonerkaserne eingerichtete Jugendherberge wurde gestern mittag offiziell eröffnet. Die musterartigen Räume (getrennte helle und luftige Schlafäle, je ein Badezimmer und Abort für männliche und weibliche Besucher, Gasherde, Bibliothek) finden allgemeine Anerkennung. Ansprachen hielten Professor **Seuber** für den Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, Stadtrat **Suecht** namens der Stadterwaltung und Geschäftsführer **Jahrenbruch** Karlsruhe vom Zweigausschuß Baden für Jugendherbergen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. März		21. März	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.44	168.86	168.49	168.91
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.54	112.23	112.51
Stapel . . . 100 R.	19.17	19.21	18.99	19.03
London . . . 1 Pf.	20.439	20.489	20.441	20.493
Neuwied . . . 1 D.	4.2095	4.2195	4.2095	4.2195
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.52	16.43	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	80.94	81.14	80.95	81.15
Wien . . . Schilling	59.21	59.35	59.20	59.34
Prag 100 Kr. 100	12.462	12.502	12.462	12.502

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Am vergangenen Samstag, den 19. März 1927 hat die Bilanzierung der Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Karlsruhe, die Zweigstellen in Mannheim, Freiburg i. Br. und Pforzheim unterzucht, stattgefunden. In ihr wurde über das Jahresergebnis berichtet und eine Dividende von wieder 10 Prozent wie im Vorjahre in Vorschlag gebracht.

Bereinsbank Offenburg. Nach dem nunmehr vorgelegten Geschäftsbericht beträgt der Gesamtumsatz 50 509 745 RM. (50 594 931). Der Reingewinn ist etwas höher als im Vorjahre und beläuft sich auf 56 931 RM. (51 238 RM.). Die Geschäftsausgaben der Mitglieder sind von 283 427 RM. auf 356 124 RM. gestiegen, die Spareinlagen von 593 062 RM. auf 915 946 RM. Der Mitgliederstand ist zur Zeit 2370. Aus dem Reingewinn sollen 10 Proz. Dividende verteilt werden.

Ein fester Konkurs. Eine Berliner Privatbank wies nach Anmeldung des Konkurses einen Massenbestand von 4 Pfennigen auf. Vorhandenen Effekten im Werte von etwa 1000 Mark stehen 62 000 M. bevorrechtigte Forderungen und 1 1/2 Millionen Kundenforderungen gegenüber. Der Konkursantrag wurde mangels Masse abgelehnt. Die Kundschaft der Bank setzte sich hauptsächlich aus adeligen Kreisen zusammen.

Verschiedenes

Ein ununterbrochener Flug von 2770 Kilometer. Der Pilot der Junkerswerke, Schnäbele, stellte einen neuen Flugweltrekord im Streckenflug auf. Er flog ununterbrochen 22 Stunden, 11 Minuten und 45 Sekunden lang, und legte dabei 2770 Kilometer zurück und zwar mit einer Nutzlast von 500 Kilogramm. Der alte Weltrekord betrug 2300 Kilometer.

Bücheranzeigen

„Jeder Landwirt der Geburtshelfer seiner Haustiere“, von Dr. Lempen (Buchhandlung Wieland & Co., Böttingen [Baden]). — Das ca. 50 Seiten starke Büchlein, von einem praktischen Tierarzt verfaßt, will die Landwirte, wie es in der Einleitung heißt, reiflos und zielficher in der Geburtshilfe anlernen. Jeder Landwirt könne ein erfolgreicher Geburtshelfer seiner Tiere werden. Das Buch behandelt vor allem das Pferd, doch sind auch das Rind und die anderen Haustiere mit ihren vom Rind abweichenden Eigenheiten behandelt. Alles ist knapp gehalten und durch lebenswahre Bilder illustriert. Die Bekannte des Buches ist besonders auch für jene Stunden empfehlenswert, in denen der Landwirt bei einem geburtsnahen Tier abwartet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die Besetzung des Landesversicherungsamtes.

Das Staatsministerium hat unterm 11. März 1927 Nr. 2095 die Oberregierungsräte Karl Stehberger und Wilhelm Pfisterer im Ministerium des Innern zu ständigen Mitgliedern des Landesversicherungsamtes und den Oberregierungsrat Otto Schöb im Ministerium des Innern zum stellvertretenden Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt, sowie den Oberlandesgerichtsrat Dr. Gustav Jolly für die Dauer seines Hauptamts zum richterlichen Mitglied und den Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto Weipert für die Dauer seines Hauptamts zum stellvertretenden richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Karlsruhe, den 13. März 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Bekanntmachung
Die Wahl des Beirats des Landeskommissars in Konstanz.

Auf Grund einer von den Wahlberechtigten eingereichten gemeinsamen Wahlvorschlagsliste gelten nach der heute erfolgten Prüfung und Entscheidung des Wahlausschusses als Mitglieder des Beirats bei dem Landeskommissar in Konstanz hzm. als deren Stellvertreter die nachfolgend genannten Personen als gewählt:

- a) als Mitglieder des Beirats:
1. Dr. Melchior Mayer, Oberrechnungsdirektor in Konstanz,
2. August Bruttel, Stadtrat in Konstanz,

3. Fritz Benz, Gemeinderat in Reersburg,
4. Karl Kraut, Bürgermeister in Böhenbach,
5. Guido Lehmann, Oberbürgermeister in Billingen,
6. Jakob Rahn, Gemeinderat in Sengen a. S.

b) als stellvertretende Mitglieder des Beirats:

1. Dr. Heinrich Emerich, Bürgermeister in Überlingen a. S.,
2. August Streicher, Altstadtrat in Konstanz,
3. Dr. Edmund Kaufmann, Bürgermeister in Sengen a. S.,
4. Ewald Reil, Bürgermeister in Reiberg,
5. Viktor Jaller, Stadtrat in Billingen,
6. Ludwig Nebler, Ratsschreiber u. Gemeinderat in Billingen.

Dies wir gemäß § 14 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Oktober 1922 über den Vollzug der Gemeindeordnung — Ges. u. B.V. S. 797 — in der Fassung der B.D. vom 6. Dezember 1926 — Ges. u. B.V. S. 298 — mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß die Wahlverhandlungen während einer Woche vom Erscheinen dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger ab in meinem Geschäftszimmer öffentlich aufliegen. Innerhalb der Auflegungsfrist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Landeskommissar schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden. Die Anfechtung der Wahl hindert nicht die einstweilige Berufung der Gewählten zum Dienst.

Konstanz, den 16. März 1927.
Der Badische Landeskommissar
für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut:
Dr. Hartmann

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

- Zurückgesetzt:
Polizeikommissar Titus Strittmatter in Mannheim.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Entlassen auf Ansuchen:
Handelslehrer Dr. Arthur Lehmann in Mannheim.
Ministerium der Finanzen
Ernannt:
Hafenmeister Johann Scherer beim Hafenamte Mannheim zum Oberhafenmeister.
In den Ruhestand versetzt:
Förster Adam Sauer beim Forstamt Schönau bei Heidelberg.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Städt. Sparkasse (Öffentl. Sparkasse) Ettenheim i. B.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.		Schulden.	
1. Massenbestand	3 535.44	1. Spareinlagen	501 457.84
2. Guthaben bei Girozentrale und Banken	14 124.51	2. Giroeinlagen	51 498.63
3. Wertpapiere	35.—	3. Anlehens- und andere Schulden	52 146.51
4. Wechsel	20 021.75	4. Ausgabeverbindlichkeiten	191.63
5. Darlehen auf Hypotheken	113 809.20	5. Reservefonds	26 586.60
6. Grundstücksaufgelde	35 310.—	7. Reingewinn vom Jahre 1925	28 176.39
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	317 062.13		
8. Darlehen auf Schuldscheine	127 810.45		
9. Lombarddarlehen	350.—		
10. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	21 374.95		
11. Giroverbindlichkeiten	5.42		
12. Einnahmerückstände	6 547.—		
13. Grundstücke	71.—		
14. Gerätschaften	1.—		
	660 057.85		660 057.85

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 552 956.47 Einlagen RM 44 236.48
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 RM 54 762.99
Somit mehr RM 10 526.51

Ettenheim, den 16. Januar 1927. R.135
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Marfo. Wachenheim.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

R.134. Bretten. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma G. Bender, Tabakfabrik und Rohabak in Diebelsheim, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausgleichsmitglieder Schlusstermin bestimmt auf: Dienstag, d. 12. April 1927, vormitt. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 4.

Bretten, 16. 3. 1927. Amtsgericht.

R.112. Bretten. Die Entmündigung des Pfl. Hipp Heinrich Dieter,

Landwirt in Gondelsheim, wegen Trunksucht ist aufgehoben.

Bretten, 14. 3. 1927. Amtsgericht.

R.118. Durlach. In dem Konkursverfahren über d. Vermögen des Valentin Damian, ehem. Fabrik in Durlach wurde Fürsorger Adam Raier in Durlach anstelle des seitberigen Verwalters Rechtsanwalts Moses in Durlach zum Konkursverwalter ernannt.

Durlach, 18. 3. 1927. Amtsgericht II. Der Gerichtsschreiber.

R.136. Laß. Im Konkursverfahren über d. Vermögen des Kaufm. Billy Raib, Inhabers d. Firma R. Scheidt & Co. in Laß, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf:

Dienstag, den 26. April 1927, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Laß II, Stock Zimmer 31. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei 3 niedergelegt. A. B. II R. 5/28.

Laß, 21. 3. 1927. Bad. Amtsgericht.

Verf. Bekanntmachungen
Fäherei-Verpachtung.
Die Fischereigenossenschaft der Seebach verpachtet auf dem Rathaus in Redargerach am Mittwoch, den 30. März 1927, vorm. 11 Uhr, die Ausübung der Fischereifäherei usw. in der See- und Weibach mit der Gesamtwassersfläche v. 24 226 qm, auf den Zeitraum von 12 Jahren, beginnend am 1. Mai 1927. Der hiesige Ort liegt unmittelbar an der Eisenbahn Heidelberg-

Büdingen und das herrlich gelegene Seebachtal ist das ganze Jahr durch eine schön angelegte Straße zugänglich.
Namens der Genossenschaft:
Büdingen, Büdingen, Büdingen, Büdingen.

Schichtholz und Stangen-Verkauf.

Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) versteigert am Dienstag, den 20. März d. J., nachmittags 1/2 11 Uhr, im Gasthaus zum Auerbach in Herrenwies: 1770 Ster Buchenscheiter, 810 Ster Nadelweiden, 810 Ster Nadelweiden, 230 Ster Papierholz. Das Holz wird vorgezeigt durch Förster Dinger in Herrenwies (Post Büdingen), Oberforstwärter Bauecht und Herzog in Gundelsbach (Post Büdingen) und Forstwart Wittmann in Erbersbronn (Post Forbach). Im Anschluß an die Schichtholzversteigerung werden aus Art. 1 52 (Oberforstwart Bauecht) versteigert: 420 Stk. Bauhölzer, 400 St. Hagstangen, 1000 St. Dopfenstangen u. 400 St. Nebsteden. R.105

Güterrechtsregister.

Bretten. R.111
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 50: Buchardt, Wilh., Landwirt in Gondelsheim, u. Christiana Barbara geb. Schäfer, Vertrag vom 7. Dezember 1926. Gütertrennung.
Bretten, 15. 3. 1927. Amtsgericht.

Bereinsregister.

Ettlingen. R.104
Zum Vereinsregister wurde heute unter D.-B. 88 eingetragen: Musikverein Ettlingen in Ettlingen.
Ettlingen, 17. 3. 1927. Amtsgericht

Detektiv-Institut
Argus
A. Maler & Co., G.m.b.H.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 23. März 1927
C 20 Lh. Gem. 601—700 und 801—900

Bonaparte
Von Fritz von Uruh.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

- | | |
|-------------------|-------------|
| Donaparte | Dahlen |
| Josephine | Emarck |
| Lucien | Moebis |
| Murat | Baumbach |
| Graf Segur | Dr. Storz |
| Dr. Corvisart | Kiencher |
| Caulaincourt | Höfer |
| Kallebrand | Reiter |
| Carnot | Herg |
| Gulim | Hierl |
| Guitton | Brand |
| Vazancourt | Müller |
| Robbe | Body |
| Doutancourt | Kiencher |
| Barrot | Graf |
| Garel | Hofbauer |
| Fouché | b. d. Trend |
| Sabary | Senmede |
| Charlot | Kuhne |
| Rolet | Müller |
| Real | Weidner |
| Molin | Meiner |
| Douval | Rehner |
| Drouet | Holt |
| Rameluf | Graf |
| Samson | Ragel |
| Herzog v. Enghien | Leitgeb |
| Louise | Fraendorfer |
| Caboudal | Brand |
| Senator | Kuhne |
| Rafat | Ed |
| Jeanne | Reel |
| Rinnie | Hermesdorff |
| Lou | Silber |
| Marianne | Schöning |
| Anfang 7 1/2 | Ende 10 1/2 |

I. Speeritz Nr. 5.—
Do. 24. März
Paulus unter den Juden
Fr. 25. März **Neland**
Vorankündigung:
Mi. 30. März Uraufführung
Thomas Paine von S. Jofft

Resi-Lichtspiele
Waldstraße 190

Fortsetzung von
Im weißen Röhl
Frei nach dem Schwank
Als ich wiederkam

An die Herren Bürgermeister in Baden



Das Buch von Dr. Lempen Jeder Landwirt der Geburtshelfer seiner Haustiere

wurde soeben allen Bürgermeisterämtern zugestellt. Verschmähen Sie nicht, das Buch zum Vorzugspreis von Mark 1.60 für Ihre Gemeinde zu sichern
Jede Gemeinde sollte mindestens 10 Exemplare, größere Gemeinden 20—30 Stück sofort bestellen, um speziell der jüngeren Generation ein wertvolles Anschauungsmaterial zu bieten
Bestellen Sie noch heute direkt bei der
Buchhandlung Weiland & Co.
Böttingen (Baden)

Einladung

für die
3. ordentliche Generalversammlung
der
Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Karlsruhe
am Samstag, den 9. April 1927, nachm. 1/4 4 Uhr im großen Sitzungssaale der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. Karlsruhe, Kaiserallee 4.

- Tagesordnung:**
- Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1926, Vorlage der Vermögensaufstellung und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 - Genehmigung der Vermögensaufstellung, Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 - Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
 - Bericht des Aufsichtsrats über die durch Herrn Verb.-Revisor Drems vorgenommene erste gesetzliche Revision.
 - Festsetzung der Höhe der Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrates.
 - Aufsichtsratswahl.
- Karlsruhe, den 19. März 1927.
Der Aufsichtsrat:
Dr. E. Weingart, Rechtsanwalt
Vorsitzender.
- Die Vermögensaufstellung sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegen eine Woche vor der Generalversammlung in dem Geschäftsbüro der Genossenschaft zur Einsicht für die Genossen auf.